

Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen

- Öffentlicher Teil -

Datum: 17.02.2022

Zeit: 17:15 Uhr bis 17:50 Uhr

Ort: Aula der Grundschule „Am Weinberg“
Schulplatz 3, 14712 Rathenow

Teilnehmer: Stadtverordnete / ordentliche Mitglieder:
Daniel Golze, Karin Dietze, Hartmut Rubach, Corrado Gursch,
Ingo Wilimzig, Jörg Rakow und Horst Schwenzer

Sachkundige Einwohner: Martina Bleis, Hans-Jürgen Grigoleit,
Enrico Fülöp-Daniel, Wilfried Hummel

Mitarbeiter der Verwaltung: Herr Goldmann, Frau Hermann und
Frau Heintke

entschuldigt: Petra Herbrich

unentschuldigt: Sebastian Lodwig, Thomas Lotsch, Inge Zeuschner
und John Mateke (KiJuPa)

Gast:
Rayk Sommer

Protokoll: Frau Kersten

TOP 1: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Herr Golze eröffnet um 17:15 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung, die sachkundigen Einwohner und die Mitarbeiter der Stadtverwaltung. Ferner stellt er fest, dass die Einladung fristgemäß versandt wurde. Es sind von 7 stimmberechtigten Mitgliedern des Ausschusses **7 Mitglieder** anwesend, die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Herr Golze erkundigt sich, ob es Hinweise, Bemerkungen oder Änderungsanträge zur Tagesordnung gebe. Es folgen keine Wortmeldungen, daher gilt die Tagesordnung wie folgt als genehmigt:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
2. Protokollkontrolle vom 09.12.2021
3. Beantwortung offener Fragen aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen
4. DS 130/21 – Haushaltssatzung der Stadt Rathenow für das Haushaltsjahr 2022
5. Einwohnerfragestunde
6. Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil:

1. Beantwortung offener Fragen aus der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung
2. Protokollkontrolle vom 09.12.2021
3. Prüfbericht Stadtkasse, Handvorschüsse, Bestände
4. DS 015/22 – Niederschlagung einer Gewerbesteuerforderung – Kassenzeichen: Kassenzeichen: 01000479-0001
5. DS 016/22 – Grundstücksverkauf Grünauer Fenn, Gemarkung Rathenow, Flur 46, Flst. 84 tlw.
6. DS 017/22 – Ausübung eines Vorkaufsrechts, Gemarkung Rathenow, Flur 48, Flst. 179 tlw.
7. Sonstiges

TOP 2: Protokollkontrolle

Mündliche oder schriftliche Einsprüche oder Anmerkungen gegen das AFR-Protokoll vom 09.12.2021 – öffentlicher Teil – liegen nicht vor, somit gilt das Protokoll als bestätigt.

TOP 3: Beantwortung offener Fragen aus der letzten Sitzung des AFR

Herr Golze führt aus, dass keine offenen Fragen oder Nachfragen vorliegen.

TOP 4: DS 130/21 Haushaltssatzung der Stadt Rathenow für das Haushaltsjahr 2022

Herr Goldmann erläutert, weshalb heute die Haushaltssatzung erneut beschlossen werden muss und verliest die Drucksache.

Herr Golze gibt Gelegenheit für Wortmeldungen.

Herr Goldmann erläutert, dass die Kommunalaufsicht informiert ist über den erneuten Beschluss und er hat die Änderung der Satzung dort bereits angekündigt.

Herr Schwenzer bezieht sich auf die Aussage des Herrn Zietemann, dass für einen Drogenbeauftragten 10 Stunden zusätzlich bereitstehen; dieses empfindet er als viel zu wenig. Er berichtet von einem Gespräch mit Herrn Dobkowicz von der Polizeiwache Rathenow, aus dem er die Information bezog, dass zwischen Graffiti-Szene und dem Drogenmilieu ein enger Zusammenhang besteht. Daher wird seitens der Fraktion FDP/Freie

Wähler RN der **Antrag** eingereicht, **eine Stelle für die/den Drogenbeauftragte(n) zu schaffen. Der Bürgermeister wird beauftragt, zeitnah und vor der Ausschreibung der Stelle einen Vorschlag zur Eingruppierung in eine Entgeltgruppe den Fraktionen zu unterbreiten.**

Herr Rubach unterstützt diesen Antrag, da in Rathenow ein erhebliches Drogenproblem bekannt ist. Trotz der finanziellen Auswirkungen für die Stadt sieht er es für die Gesellschaft als unabdingbar an, denn nachträgliches Bekämpfen der Drogen wird sehr viel teurer.

Frau Dietze vergewissert sich, die Aussage des Herrn Goldmann im letzten Protokoll richtig verstanden zu haben, wonach die Stadt über ca. 18 Mio € Rücklagen aus Überschüssen verfügt. Bei soviel Rücklagen ist sie davon überzeugt, dass seitens der Stadt die sehr wichtige Stelle eines Drogenkoordinators zu finanzieren ist.

Herr Goldmann verweist darauf, dass er nicht inhaltlich zu bewerten habe, ob die Stelle eines Drogenbeauftragten sinnvoll ist, sondern er ausschließlich für die finanztechnische Bewertung verantwortlich sei.

Er zeigt sich überrascht, dass durch die Änderung der Haushaltssatzung nochmals die Chance genutzt wird, den Stellenplan zu erweitern, bestätigt jedoch, dass dieses rein förmlich möglich sei.

Eine Eingruppierung in eine Entgeltgruppe müsste erst stattfinden, um die Personalkosten zu ermitteln. Sofern der Beschluss durchgeht, wird die Haushaltssatzung nochmals geändert. Um diese Belastung steigt der Fehlbetrag, der zum Jahresende mit den Rücklagen ausgeglichen werden kann. Im Gegenzug bemerkt er, dass er andere Positionen nicht kürzen als Gegenfinanzierung kürzen wird.

Herr Gursch bekräftigt die Wichtigkeit dieses Antrages. Er bittet um Prüfung, möglicherweise ein Modellprojekt zu schaffen, das mit Landesfördermitteln finanziert werden kann und empfiehlt, mit Landtagskollegen diesbezüglich in Kontakt zu treten. Er geht davon aus, dass Einigkeit besteht, eine Ganztagsstelle zu schaffen, da 10 zusätzliche Stunden nicht ausreichend sind und hofft, dass diese Vollzeitstelle in den Stellenplan integriert werden kann.

Herr Golze bringt zum Ausdruck froh zu sein über die Änderung dieses Ansatzes; er hatte dies bereits im August vorigen Jahres angeregt. Er ist überzeugt, dass diese Stelle nicht so teuer wird, wenn man über eine interkommunale Zusammenarbeit noch die eine oder andere Einnahme genießen kann. Zu klären sei, woher man weitere Fördermittel beziehen kann.

Herr Fülöp-Daniel erwähnt, dass damals bereits die Verwaltung mit der Prüfung beauftragt worden sei, ob Fördermittel seitens des Landes oder des Bundes fließen können.

Herr Golze erinnert sich an eine Stadtverordnetenversammlung, während der Herr Zietemann sich so geäußert haben soll, dass es keine Fördermittel hierfür gibt. Dieses sieht Herr Golze ausdrücklich anders; seiner Ansicht kann mit Enthusiasmus mehr erreicht werden, als nur auf das Pferd Caritas zu setzen. Er betont, diese Stelle wird in der Stadt *und* in der Hoheit der Stadt dringend benötigt.

Herr Rakow merkt an, dass diese Ausgabe der Stadt selbst dann, wenn es keine Fördermittel gibt, nicht zu teuer sein darf. Unsere Kinder liegen uns am Herzen; es wäre eine Investition in die Zukunft und es muss aktiv was passieren. Bei einer Stelle in der Hoheit der Stadt kann man Fragen stellen, Berichte abfordern und erhält aus 1. Hand den Sachstand.

Frau Dietze bezieht sich auf eine Stadtverordnetenversammlung, in der Herr R. Sommer sprach. Sie brachte damals schon zum Ausdruck, dass ein Koordinator dringend gebraucht wird. Herr Zietemann hatte hiernach bekräftigt, dass er der gleichen Ansicht sei. Sie sei

damals stolz auf seine Entscheidung gewesen, allerdings ist seit einem halben Jahr nicht viel passiert.

Sie möchte von Herrn Goldmann wissen, ob aus den 18 Millionen € Rücklagen diese Stelle finanziert werden kann. Sie regt als Mitglied des Finanzausschusses an, sich tiefer in den Haushalt einzudenken, um besser Bescheid zu wissen.

Herr Goldmann weist Frau Dietze darauf hin, dass sie bitte die Rücklagen nicht mit Liquidität verwechseln möchte. Die Liquidität ist sämtlich an Projekte gebunden, die dringend anstehen.

Herr Fülöp-Daniel weist darauf hin, dass es einen Bundesdrogenbeauftragten gibt, der entweder im Sozialministerium oder im Innenministerium seinen Sitz hat. Er bittet die Verwaltung um Abklärung im Hinblick auf Förderung von Vereinen, da sich das Land Brandenburg seines Wissens nach mit direkter Personalförderung schwertut.

Herr Goldmann erläutert den Werdegang, wenn diese Stelle in den Haushalt der Stadt eingeplant wird, dann ungefordert. Wenn im Nachgang eine Förderung möglich ist über ein Modellprojekt u.ä., hatte man bei Kostenerstattung einen Rückfluss.

Herr Schwenger legt größten Wert auf die Stellenbeschreibung für die neu zu schaffende Stelle.

Er erinnert sich an einen früheren Bundespolizisten, der von Schule zu Schule ging und im präventiven Rat auftrat. Seit Corona ist dieser präventive Rat leider nicht mehr tätig geworden.

Herr Fülöp-Daniel ergänzt, dass sich die Stadt als Schulträger bei der Bundespolizei melden möge, denn ohne Antrag kommt niemand freiwillig.

Frau Dietze spricht sich dafür aus, dass es gut sei, einen Koordinator zu haben, der sich mit den anderen Instanzen in Verbindung setzen kann und wirbt dafür, diese Stelle in Gange zu bringen, gleichgültig ob es hierfür Fördermittel gibt oder nicht.

Herr Goldmann erwidert, dass zunächst die Belastungen der Personalkosten ermittelt werden und um diesen Betrag die Haushaltssatzung - als Mehraufwendung - geändert wird. Die geänderte Haushaltssatzung wird durch ihn nochmals bei der Kommunalaufsicht eingereicht.

Über diesen Änderungsantrag zur Haushaltssatzung: **Erweiterung des Stellenplanes zur Schaffung einer Stelle einer/eines Drogenbeauftragten** ist noch abzustimmen.

Frau Bleis möchte sich vergewissern, ob es sich um die 10 Std./Woche oder eine Vollzeitstelle handelt.

Herr Golze erwidert, dass es um eine Vollzeitstelle geht. Er plädiert bei der Eingruppierung der Entgeltgruppe dafür, dass diese so attraktiv sein sollte, dass sich auch jemand bewirbt.

Weitere Wortmeldungen oder Nachfragen erfolgen nicht.

Daher wird wie folgt abgestimmt.

Änderungsantrag:

Die Schaffung einer Stelle einer/eines Drogenbeauftragten. Der Bürgermeister möchte einen Vorschlag zur Eingruppierung einer Entgeltgruppe den Fraktionen unterbreiten.

Bei Zustimmung bittet Herr Golze um das Handzeichen:

Abstimmung: Ja: 7 Nein: ./. **Enthaltungen: ./.**

Nunmehr lässt Herr Golze über die Drucksache DS 130/21 abstimmen.

Abstimmung: Ja: 7 Nein: ./. **Enthaltungen: ./.**

Der Drucksache DS 130/21 wird einstimmig zugestimmt mit dem vorgenannten Änderungsantrag.

TOP 5: Einwohnerfragestunde

Es folgen keine Wortmeldungen.

Herr Goldmann nutzt die Chance, auf das neu angelaufene Bürgerbudget 2023 hinzuweisen, welches am 08.02.22 startete.

- Vorschläge können bis zum 08.03.2022 eingereicht werden,
- bis zum 23.03.2022 können Bürger die jeweiligen Vorschläge unterstützen und
- ab dem 24.03.2022 bis zum 09.05.2022 werden alle Vorschläge geprüft,
- ab dem 10.05.2022 beginnt die Abstimmungsphase bis zum 10.06.22.

Er informiert weiter über die Grundsteuerreform und kündigt an, dass im Juni bzw. Anfang Juli 2022 öffentliche Informationsveranstaltungen organisiert werden, bei denen die Neuerungen dieser vorgestellt werden und welche Konsequenzen diese für Eigentümer von Grundstücken nach sich zieht.

Herr Schwenzer vergewissert sich bei Herrn Goldmann, ob er eine frühere Aussage richtig verstanden habe, wonach die Stadt mit der neuen Grundsteuerreform keine Mehreinnahmen hat, jedoch für einzelne Grundstückseigentümer höhere oder auch niedrigere Belastungen entstehen.

Herr Goldmann bestätigt, dass diese Aussage so bestehen bleibt.

Herr Fülöp-Daniel möchte zur Jederitzer Brücke wissen, ob von den Rücklagen in Höhe von ca. 18 Mio € die Kämmerei auch Geld für die Sanierung eingeplant hat und wie diese finanziert wird, wenn es zu Baumaßnahmen kommt.

Herr Goldmann erwidert, dass der Beschluss im Bauausschuss so formuliert wurde, dass für eine Machbarkeitsstudie Geld eingestellt werden soll in den Haushalt für 2023.

Auf Frage von Herrn Fülöp-Daniel erläutert Herr Goldmann, dass es bei dieser Machbarkeitsstudie um die Entscheidung geht, ob die Brücke abgerissen oder saniert wird oder welcher Verkehr über die Brücke geleitet werden soll. Hieraus resultiert dann eine Grobschätzung der Kosten.

Herr Rubach bezieht sich ebenso auf die Jederitzer Brücke und fragt, ob der Landkreis diese Brücke aus den Bestimmungen des Denkmalschutzes herauslässt. Diese Bestimmung sei die Grundlage für die weitere Verfahrensweise, ob Neubau oder muss diese im historischen Ambiente nachgebildet werden? Auch ist die Frage nach dem Verkehrskonzept weiterhin offen.

Frau Dietze bewegt die Frage, ob derzeit über eine Schuldenbremse im Haushalt gesprochen werden muss.

Herr Goldmann erwidert, nur wenn diese politisch durchsetzbar ist.

TOP 6: Sonstiges

Es folgen keine Wortmeldungen oder weitere Informationen.

Herr Golze beendet um 17:50 Uhr den öffentlichen Teil des Ausschusses für Finanzen und Rechnungsprüfung. Die Nichtöffentlichkeit wird hergestellt.

Gegen den Wortlaut des Protokolls kann innerhalb von 7 Tagen nach Zustellung Einspruch erhoben werden.

Daniel Golze
Ausschussvorsitzender